

NIEDERSCHRIFT

über die **17.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **12.09.2013**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Hans Ludwig Dickers Vertretung für Herrn Suppes
2. Herr Karl-Heinz Ehms
3. Herr Hans-Josef Engels
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Norbert Kallen
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
7. Frau Ursel Meis
8. Herr Werner Moritz
9. Frau Maria Widdekind
10. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

11. Herr Denis Arndt
12. Herr Udo Bartsch
13. Frau Margot Dubbel
14. Herr Erwin Popien
15. Herr Rainer Schmitz
16. Frau Gertrud Servos

• FDP-Fraktion

17. Herr Stephan Kees Vertretung für Herrn Kohnen
18. Frau Christa Quellmann
19. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 20. Herr Martin Kresse
- 21. Frau Angela Stein-Ulrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 22. Frau Karin Borrmann-Schulz
- 23. Herr Carsten Thiel

- **beratende Mitglieder**

- 24. Herr Karl Boland
- 25. Herr Bernd Gellrich
- 26. Herr Dr. Josef Merten

- **Gäste**

- 27. Frau Helga Weiss

- **Verwaltung**

- 28. Frau Katharina Czudaj
- 29. Herr Dr. Michael Dörr
- 30. Herr Edwin Erdmann
- 31. Herr Siegfried Henkel
- 32. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 33. Herr Marcus Mertens
- 34. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

- **Schriftführerin**

- 35. Frau Birgit Rothe

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	4
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2666/XV/2013.....	4
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2668/XV/2013	4
2.3.	Gemeinsame Vereinbarung zur Erreichung der Ziele im SGB II in 2013 Vorlage: 50/2669/XV/2013.....	5
3.	Vorstellung der Alzheimer Gesellschaft Kreis Neuss/Nordrhein e.V., Neuss und Tätigkeitsbericht Vorlage: 53/2651/XV/2013.....	5
4.	Haushalt 2013 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Vorlage: 50/2683/XV/2013.....	6
5.	Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit Vorlage: 50/2670/XV/2013.....	6
6.	Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter Vorlage: 50/2686/XV/2013.....	6
7.	Mitteilungen	7
7.1.	Kommunales Integrationszentrum	7
7.2.	Sachstand Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/2675/XV/2013.....	7
7.3.	Adressübersicht ambulante, stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen	7
7.4.	Beratung über Hilfen im Alter - Jahresbericht 2012 Vorlage: 50/2678/XV/2013.....	8
7.5.	Seniorenheim Medina und Seniorenwohnpark Meerbusch	8
8.	Anfragen	10

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu den Entwicklungen beim Seniorenwohnpark Meerbusch und Seniorenheim Medina Meerbusch habe die Verwaltung einen Bericht vorgesehen.

Kurz vor der Sitzung seien hierzu auch ein Antrag der UWG Kreistagsfraktion und eine Anfrage der SPD Kreistagsfraktion eingegangen. Die Anfragen würden somit trotz teils verspäteten Zugangs behandelt.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsi- cherung für Arbeitsuchende

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2666/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz informierte, dass in 2013 bisher in jedem Monat die Werte des Vorjahres überschritten wurden. Nach den Hochrechnungen zum Stand August 2013 werde man in diesem Jahr den geplanten Netto-Ansatz um 800.000 € überschreiten.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel begründete er dies mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosenzahlen, welche sich auch auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften auswirken würde sowie mit gestiegenen Nebenkosten.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/2668/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Arndt fragte, ob es möglich sei, in den Jobcenter-Bericht auch die Zahl der Aufstocker aufzunehmen, optimal wäre eine Unterteilung nach Vollzeit- und Teilzeitkräften.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sagte zu, die Frage an das Jobcenter zur Prüfung weiter zu geben.

Kreistagsmitglied Kresse führte die steigende Personenzahl im SGB II und die daraus resultierende Höhe der KdU auf die Kürzung des Eingliederungstitels zurück.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz teilte diese Auffassung nicht, er sehe die Gründe in der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Dieser Entwicklung versuche man mit entsprechenden Projekten entgegenzuwirken. Er verwies hier auf den Vortrag von Frau Schoofs und Frau Gilles im Kreisausschuss am Vortag.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel beanstandete, dass trotz Entnahmen aus dem Eingliederungstitel zugunsten des Verwaltungskostentitels nicht genügend Personal im Jobcenter eingesetzt werde.

Kreistagsmitglied Meis wies darauf hin, dass die Arbeitslosenzahlen im Rhein- Kreis Neuss deutlich günstiger aussähen, als in weiten Teilen von NRW.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose sprach sich für eine differenzierte Betrachtung der Ursachen aus.

Sachkundiger Bürger Boland teilte diese Auffassung und plädiert ebenfalls für eine neue Sichtweise. Bei den Menschen im Leistungsbezug bildeten sich Spezialwelten, welchen man nicht alleine mit den Instrumenten des SGB II begegnen könne.

2.3. Gemeinsame Vereinbarung zur Erreichung der Ziele im SGB II in 2013 Vorlage: 50/2669/XV/2013

Protokoll:

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.
Wortmeldungen lagen nicht vor.

3. Vorstellung der Alzheimer Gesellschaft Kreis Neuss/Nordrhein e.V., Neuss und Tätigkeitsbericht Vorlage: 53/2651/XV/2013

Protokoll:

Herr Renner und Frau Schulz stellten die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft vor.

Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Der Vortrag schloss mit der Darstellung der finanziellen Situation der Alzheimer Gesellschaft. Der Beratungsbedarf wachse zunehmend, die Mittel reichen jedoch nicht mehr aus, die damit verbundenen Kosten zu decken.

Dezernent Mankowsky bedankte sich für die Vorstellung des Aufgabenspektrums und für die Arbeit in den vergangenen Jahren. Bezüglich der Finanzierung sei allerdings zu beachten, dass es im Rhein- Kreis Neuss über hundert weitere Selbsthilfegruppen gebe. Andererseits muss die Alzheimer Gesellschaft aufgrund der Besonderheit des im Mittelpunkt der Arbeit stehenden Krankheitsbildes besonders betrachtet werden. Dies sei Grund für die Übernahme eines Festkostenzuschusses gewesen. Er sehe nun durch die steigenden Kosten die Arbeit in Frage gestellt. Bei Abwägung der Interessen sehe er einen Kompromiss darin, den Festkostenzuschuss in einen Personalkostenzuschuss umzuwandeln, so dass hier künftig eine jährliche Anpassung wie bei den anderen Personalkostenzuschüssen erfolgen könne.

Auch die Kreistagsmitglieder Widdekind, Kresse, Servos, Carsten Thiel und Rosellen bedankten sich für den Vortrag und würdigten die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft. Kreistagsmitglied Carsten Thiel begrüßt zudem den Ansatz, mehr ehrenamtliche Helfer in die Arbeit einzubinden.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der Umstellung der Zuwendung an die Alzheimer Gesellschaft von einer Projekt- auf eine Personalkostenförderung zu, womit tarifliche Anpassungen keiner neuen Antragstellung mehr bedürfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Haushalt 2013 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege

Vorlage: 50/2683/XV/2013

Protokoll:

Wortmeldungen lagen nicht vor.

5. Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit

Vorlage: 50/2670/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz stellte die neuesten Entwicklungen bezüglich der Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen vor. Die Zahl der leistungsberechtigten Kinder sei von ca. 16.000 zum Start des BuT auf mittlerweile über 18.000 Kinder gestiegen. Es sei ebenfalls ein Anstieg der Antragszahlen festzustellen. Im Zeitraum Januar bis Juli 2013 seien 12.013 Anträge gestellt worden. Im gleichen Vorjahreszeitraum waren es 10.617 Anträge.

Man habe in 2013 in diesem Zeitraum 88 % der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen erreicht. Im Vorjahreszeitraum waren es ca. 56 %. Die erfreuliche Entwicklung sei unter anderem auch auf die Schulsozialarbeit zurück zu führen.

Kreistagsmitglied Widdekind sieht den Rhein-Kreis Neuss hier auf dem richtigen Weg. Kreistagsmitglied Schmitz fragte, bis wann die Schulsozialarbeit gesichert sei.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Schulsozialarbeit BuT im Rhein-Kreis Neuss mindestens bis Ende 2014 gesichert sei. Eventuell könne auch noch eine Finanzierung bis in 2015 hinein erfolgen. Er hoffe, dass sich hier die Landesregierung in Richtung einer Weiterfinanzierung positionieren werde.

Der Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes ist als Anlage beigefügt.

6. Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter

Vorlage: 50/2686/XV/2013

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose verwies auf die bisherige Beratung zu der Frage, wie man die Aufgaben der Gesundheitskonferenz mit denen der Pflegekonferenz besser verknüpfen könne. Die Verwaltung habe nun einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

Die Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt ist als Anlage beigefügt.

Dezernent Mankowsky teilte mit, dass man beim Abgleich der Geschäftsordnungen und der Teilnehmer der beiden Konferenzen eine große Schnittmenge festgestellt habe.

Man habe festgestellt, dass es nicht sinnvoll sei Personen zu benennen und habe daher mit dem in der Tischvorlage unterbreiteten Vorschlag auf die Benennung von Institutionen abgestellt.

Die erste Konferenz sei im November geplant.

Die Kreistagsmitglieder Widdekind und Rosellen sahen bezüglich der Mitgliederliste noch entsprechender Beratungsbedarf. Die Geschäftsordnung sei in Ordnung.

Dezernent Mankowsky schlug vor, eine entsprechende Vorlage für den Kreisausschuss im Oktober vorzubereiten.

Kreistagsmitglied Kallen bat darum auszuweisen, welche Mitglieder stimmberechtigt und welche beratende Mitglieder seien.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose griff den Verfahrensvorschlag von Dezernent Mankowsky auf und unterbreitet folgenden alternativen Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hält an einer gemeinsamen Gesundheits- und Pflegekonferenz fest. Ein Vorschlag für die inhaltliche und organisatorische Gestaltung dieser Konferenz wird durch die Verwaltung ausgearbeitet. Auf Grundlage dieser Vorlage werde man dann im Kreisausschuss im Oktober eine Entscheidung treffen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7. Mitteilungen

7.1. Kommunales Integrationszentrum

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz informierte, dass das Kommunale Integrationszentrum zum 01.08.2013 an den Start gegangen sei. Die Leitung sei mit Frau Weyerstrass besetzt. Eine weitere Leitungsstelle für den schulfachlichen Bereich müsse noch besetzt werden.

7.2. Sachstand Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel

Vorlage: 50/2675/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Servos bat möglichst frühzeitig um die Vorlage der Beratungsunterlagen für die nächste Sitzung.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Bartsch teilte Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz mit, dass laut der Firma Analyse & Konzepte alle sogenannten größeren Vermieter im Rhein- Kreis Neuss bezüglich der Mietwerterhebung angeschrieben worden seien.

7.3. Adressübersicht ambulante, stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen

Protokoll:

Wortmeldungen lagen nicht vor.

7.4. Beratung über Hilfen im Alter - Jahresbericht 2012

Vorlage: 50/2678/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Kresse befürwortet einen gebührenfreien Betrieb der Hotline. Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte zu, den Vorschlag zu prüfen.

7.5. Seniorenheim Medina und Seniorenwohnpark Meerbusch

Protokoll:

Der Antrag und die Anfrage der Kreistagsfraktion der UWG sowie die Anfrage der Kreistagsfraktion der SPD sind als Anlage beigefügt.

Allgemeiner Vertreter des Landrates Jürgen Steinmetz berichtete, dass heute Morgen die Schließung des Seniorenwohnparks Meerbusch und des Seniorenheims Medina Meerbusch zum 30.11.2013 verfügt worden sei. Die Verfügung der Schließung erfolgte nach entsprechender Anhörung der Betreiber.

Er betonte, dass es sich hier um einen Einzelfall handle.

Der Rhein- Kreis Neuss verfüge ansonsten über eine gute Heimlandschaft mit einer hohen Qualität in der Versorgung seiner Bewohner.

Die beiden angesprochenen Einrichtungen haben seit Mitte 2012 unter verstärkter Beobachtung der Heimaufsicht gestanden, nachdem dort quantitative und qualitative Mängel in der Versorgung der Bewohner aufgefallen waren.

Die weitere Erläuterung des Sachverhaltes entspricht weitestgehend der hierzu veröffentlichten Pressemitteilung, welche als Anlage dem Protokoll beigefügt ist.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz dankte besonders Herrn Mertens, Herrn Böhme und Frau Schiffer von der Heimaufsicht im Sozialamt des Rhein- Kreises Neuss sowie Herrn Stutz und Frau Mierisch vom Gesundheitsamt des Rhein- Kreises Neuss. Diese hätten zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten sowie am Wochenende Kontrollen durchgeführt und hier einen besonders engagierten Einsatz gezeigt.

Er wies darauf hin, dass gegen die heute erlassenen Bescheide des Rhein- Kreises Neuss der Rechtsweg in Form einer Klage möglich sei.

Er erklärte, dass der gegen die Heimaufsicht erhobene Vorwurf der Befangenheit selbstverständlich geprüft worden sei. Diese Prüfung habe ergeben, dass die Vorwürfe jeder Grundlage entbehren und vielmehr vollkommen absurd seien.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose betonte, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss in seinen bisherigen Beratungen deutlich gemacht habe, dass er auf eine konsequente Ausübung der Heimaufsicht großen Wert lege. Dies diene einem hohen Qualitätsstandard zum Nutzen der Heime, deren Bewohner und deren Mitarbeiter und spiegele sich darin wider, dass bislang keine größeren Missstände kreisweit vorgekommen seien. Auch wenn die nun vorgenommene Schließung ein erstmalig vorgenommener Prozess sei, so entspreche er doch den bislang vertretenen politischen Prinzipien des Rhein- Kreises Neuss.

Kreistagsmitglied Widdekind bedankte sich für die erneute ausführliche Mitteilung durch Allgemeinen Vertreter Jürgen Steinmetz. Bereits in den vergangenen Monaten sei der Ausschuss durch die ausführliche Berichterstattung von Herrn Mertens über alle Details dieser Angelegenheit informiert gewesen. Auch sie bedankte sich bei Herrn Mertens.

Dem Rhein- Kreis Neuss sei letztlich keine andere Möglichkeit geblieben, als die

Schließung der Einrichtungen zu verfügen. Unabhängig von einzelnen Kritikern stünde die Politik hinter der Entscheidung der Verwaltung.

Sie bedauere die Situation, in welcher nun die Bewohner und Angehörigen stünden, gehe aber davon aus, dass der Rhein- Kreis Neuss Hilfe anbieten werde.

Kreistagsmitglied Servos schloss sich dem Dank an. Sie frage sich, was nun aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen werde.

Weiterhin fragte sie, ob die mangelhafte Versorgung auch strafrechtliche Konsequenzen habe.

Sie sehe es als schwierig an, die Bewohner in eine fremde Stadt umzusiedeln.

Sie bat um Auskunft, ob andere Heimaufsichten, in deren Zuständigkeitsbereich die Marseille-Kliniken Einrichtungen betreiben, über die Vorgänge im Rhein-Kreis Neuss informiert würden.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel erklärte, die Kreistagsfraktion der UWG habe vergangenen Samstag aus einem Pressebericht erfahren, dass sich die Zustände in dem Pflegeheim Medina seit 8 Monaten nicht verbessert haben. Daraufhin habe man den Antrag für den Sozial- und Gesundheitsausschuss formuliert, das Heim solle zum nächstmöglichen Zeitpunkt, am besten sofort, geschlossen werden. Es sei nicht nachvollziehbar, dass 36 Mal geprüft werden müsse, bis eine Einrichtung geschlossen werde. Es stelle sich zudem die Frage, ob die Marseille- Gruppe das Heim an einen anderen Träger innerhalb ihrer Gruppe abgeben könne, insbesondere, da bereits Verkaufsabsichten bekannt gewesen seien.

Kreistagsmitglied Kresse zeigte sich sehr zufrieden mit der Vorgehensweise der Verwaltung. Leider hätten solche Maßnahmen einen entsprechend langen Vorlauf. Es handle sich um einen massiven Eingriff, welcher entsprechend rechtssicher vorbereitet werden müsste. Fehler im Verwaltungshandeln könne er nicht erkennen.

Auch er fühle sich durch die Verwaltung in den vergangenen Monaten in dieser Angelegenheit ausreichend und gut informiert, so dass er die Entscheidung vom heutigen Tag nachvollziehen könne.

Er sehe allerdings keine Verantwortung des Kreises hinsichtlich des Verbleibes der Mitarbeiter. Dies sei Aufgabe des Trägers.

Auch Kreistagsmitglied Rossellen bestätigte, dass die Politik in den letzten Sitzungen ausführlich über die Situation informiert worden sei. Die Schließung der Einrichtungen sei ein nun notwendiger Schritt gewesen. Auch er würde sich wünschen, dass der Kreis nicht nur bezüglich der Unterbringung der Bewohner Hilfestellung leistet, sondern sich auch für die Mitarbeiter einsetzt.

Kreistagsmitglied Kallen bat um Auskunft, warum die Knappschaft anlässlich der Prüfergebnisse des MDK die Versorgungsverträge noch nicht gekündigt habe.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz nahm Stellung zu den aufgeworfenen Fragen: Er informierte zunächst darüber, dass derzeit zwei Strafverfahren in Zusammenhang mit den Einrichtungen bekannt seien.

Nicht bekannt sei, wie viel Personal dort derzeit im Einsatz sei.

Man werde selbstverständlich den Bewohnern und soweit möglich auch den Mitarbeitern Hilfe anbieten. Die Aufgaben des Trägers könne man an dieser Stelle aber nicht übernehmen.

Bezüglich des Einwandes, dass es so lange gedauert habe, bis man die Schließung verfügt habe, bestätigte er die Auffassung von Kreistagsmitglied Kresse. Das Gesetz gebe ein Procedere vor. Hieran müsse man sich als Verwaltung halten. Der Abwägungsprozess sei zudem sehr schwierig.

Alle Möglichkeiten, welche das Wohn- und Teilhabegesetz in solchen Fällen bietet, seien ausgeschöpft worden.

Er habe mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter gesprochen. Möglicherweise erfolge eine überregionale Information von dort aus. Der Rhein-Kreis Neuss werde hier jedoch nicht aktiv auf die Heimaufsichten anderer Städte oder Kreise zugehen.

Dass die Marseille-Gruppe den Betrieb mit einem anderen, der eigenen Gruppe zugehörigen Betreiber weiter führt, wäre unter Umständen zulässig. Hier müssten dann die Prüfungen der Heimaufsicht neu ansetzen.

Mit der Untersagungsverfügung habe man eine wichtige Grundlage zur außerordentlichen Kündigung des Versorgungsvertrages geliefert. Es handele sich aber hierbei um ein eigenes Verfahren der Knappschaft.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel fragte, was geschehen würde, wenn sich das gesamte Personal der Einrichtungen nun gleichzeitig krank melden würde. Er gehe davon aus, dass viele nun nicht mehr bestrebt seien dort zu arbeiten. Er bat um Auskunft, ob der Rhein-Kreis Neuss dann dorthin Personal entsenden würde.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes bis zur Abwicklung Aufgabe des Betreibers sei. Dies sei auch entsprechend in die Verfügung aufgenommen.

8. Anfragen

Protokoll:

Es lagen keine Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:15 Uhr die Sitzung.



Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender



Birgit Rothe
Schriftführung